Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standenitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 101 — Freitag, den 26. August 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

In der Zeit vom 25.–27. Aug. 1921 werden auf Abschnitt Aug. 15. der vom 15. Aug. bis 25. September gültigen Brotkarte

350 g amerikanisches Weizenmehl

zum Preise von 2,66 Mk. ausgegeben.

Grimma, 23. August 1921. Getr.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Tages-Neuigkeiten.

* **Verhaftung eines Frauenmörders.** Der 58 Jahre alte Händler Karl Grottmann in Berlin wurde verhaftet, nachdem in seinem Laden die Leiche der Näherin Nietsche aufgefunden worden war. Er steht auch in dem Verdacht, noch fünf Frauen, deren Leichenteile in der letzten Zeit aufgefunden worden sind, ermordet zu haben. Fest steht schon jetzt, daß eine Anzahl Berliner Frauen nach dem Betreten des Grottmannschen Ladens in der Langen Straße verschwunden sind.

* **Unglücksfall auf einem Essener Schacht.** Bei der Schießarbeit ereignete sich auf Schacht Helene der Gewerkschaft der Steinkohlen-Bergwerksgesellschaft Vereinigte Helene-Amalie am Samstag in einem Stapel ein Unglücksfall, bei dem 10 Arbeiter und 2 Beamte mehr oder minder schwere Verbrennungen erlitten, zwei der Verunglückten sind gestorben. — Inzwischen hat sich die Zahl der Toten auf fünf erhöht. Die Ursache ist noch nicht endgültig festgestellt.

* **Umbau des Dampfers „Tirpitz".** Laut Lokalanzeiger traf gestern der von England beschlagnahmte und an die Royal Mail Steamship Compagnie verkaufte Dampfer „Tirpitz" unter englischer Flagge im Hamburger Hafen ein, um dort auf der Vulkanwerft für Oelfeuerung umgebaut zu werden. Nach dem Umbau wird der Dampfer von der genannten Gesellschaft in Dienst gestellt werden.

* **Großer Schiffsverkauf in Amerika.** Wie das Berliner Tageblatt erfährt, verkauft das amerikanische Schiffahrtsamt 22 hölzerne Schiffe zum Preise von 2100 Dollar pro Stück. Der Bau dieser Schiffe hatte ursprünglich 300—800000 Dollar pro Stück gekostet.

* Dr. Kurt Geyer, Düwell und Waldemar wurden vom Kommunistischen Parteitag in Jena aus der Partei ausgeschlossen.

* Der amerikanische Arbeiterführer Gompers erklärte, daß Präsident Harding geschrieben habe, an der Abrüstungskonferenz sollten auch Arbeitervertreter teilnehmen.

* Der amerikanische Senator Borah hielt eine scharfe Anklagerede gegen das französische und englische Rüstungsfieber.

Keine Deckung für die Gehaltsforderungen.

Erklärungen der Reichsregierung.

Bei den Verhandlungen der Regierung mit den Organisationen der Beamten und Arbeiter stellte der Reichskanzler fest, daß die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen eine Mehrbelastung von 14 Milliarden und die Gehaltswünsche des Deutschen Beamtenbundes 16 bis 18 Milliarden jährlich bedeuten. Weder für die eine noch für die andere Forderung sei Deckung vorhanden. Auch der Reichsverkehrsminister Groener wies auf das gewaltige Defizit der Eisenbahnen hin, welches vermutlich zu neuen Tariferhöhungen Anlaß geben werde. Dann schloß sich Postministers Giesberts an, der die Notwendigkeit einer Erhöhung aller Gebiete betonte. Ein Brief würde künftig eine Mark kosten. Entgegen den unerfüllbaren Wünschen der Beamten und Arbeiter macht die Regierung den Vorschlag, die Teuerungszuschläge um 15 Prozent und die Stundenlöhne um 55 Pfennige zu erhöhen. Da die Organisationen das als unzureichend ablehnten, einigte man sich auf einen

Kompromißvorschlag,

der Zulagen um 20 Proz. vorsieht, jedoch so, daß den in Ortsklasse E eingestuften Beamten ein annehmbarer Ausgleich zugesichert werde. Als Kinderzulagen sollen in Ortsklasse A 200 Prozent, in B und C 175 Prozent und in D und E 150 Prozent gezahlt werden. Für die Diätare wurde zugesagt, daß sie jetzt in den beiden ersten Jahren 90 Proz. des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom vierten Jahre ab das zuständige Beamtengehalt erhalten sollen. Den Arbeitern wurde nach dem Vorschlag der Regierung eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 85 Pfg. zugesichert. Die Auszahlungen der neuen Gehälter und Löhne soll am 1. September bereits erfolgen. Diese Zusicherungen der Regierung wurden von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da die Gewerkschaften von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgingen. Nach den bisherigen Zugeständnissen würde der Reichshaushalt mit 8 Milliarden mehr belastet werden.

Der kommunistische Parteitag.

Der Parteitag der sogenannten Vereinigten Kommunistischen Partei, der am Montag in Jena seinen Anfang genommen hat, steht ausschließlich unter dem Zeichen Sowjetrußlands. Er ist nicht der Tag einer deutschen politischen Partei, sondern die Versammlung einer Filiale von Moskau. So, wie die Kommunisten vor ihrer Zusammenkunft sich die nötigen Anweisungen und Leitsätze von Lenin, Trotzki und Sinowjew haben geben lassen, Weisungen, die im Tone von Befehlen gehalten waren, so hat sich der erste Tag der Beratungen ausschließlich mit Rußland beschäftigt. Bemerkenswert ist der Klang gläubiger Inbrunst, der aus den Worten der von Moskau beauftragten politischen Geschäftsreisenden sprach. Es ist eine regelrechte Orthodoxie, die man in der deutschen kommunistischen Partei aufgerichtet hat, ein Gebäude der geistigen Unfehlbarkeit, das man für die Prediger des russischen Bolschewismus wohnlich einzurichten bemüht ist. Der Genosse Stoecker sprach die eröffnenden Worte, in denen er den russischen Genossen, die „die Meute der Kapitalisten der ganzen Welt niedergerungen haben", einige Lorbeerkränze wand. Das Elend des russischen Volkes war für ihn nur Mittel zum Parteizweck. Er brachte die Ungeheuerlichkeit fertig, „den schärfsten Protest dagegen einzulegen, daß die bürgerlichen Regierungen und die Menschewisten aller Länder die Hilfsaktion im gegenrevolutionären Sinne benutzen wollen". Eine solche Unterstellung ist eine bösartige Verleumdung. Gerade die bolschewistischen Machthaber sind es, die das Elend ihres eigenen Volkes für die Partei ausnutzen wollen. Die Hilfeleistung Europas dagegen ist nicht an parteiliche Gesichtspunkte gebunden, sie will dem gesamten russischen Volke dienen und schließt nicht einmal die bolschewistischen Verbrecher, die den größten Teil der Verantwortung an all dem Unglück tragen, von ihrer Hilfe aus. Aber vielleicht hat Herr Stoecker, der es für nötig hält, gegen die bürgerliche Hilfe zu protestieren, ein Rezept in Händen, um Hungernde durch Phrasen satt zu machen. Noch stärker als sein Lobgesang auf die unzerstörbare Einigkeit der kommunistischen Partei war der Hymnus Fritz Heckerts aufgetragen, der nach ihm über den dritten Weltkongreß berichtete. Wenn man seinen Worten Glauben schenken wollte, dann müßte in der Tat die kommunistische Partei bereits auf dem besten Wege zu großen Erfolgen sein. Es ist nur merkwürdig, daß andere davon nichts sehen können. Lustig zu hören war das indirekte Anerkenntnis der Moskauer Unfehlbarkeit. Heckert schilderte, wie auf dem dritten Weltkongreß in Moskau von Lenin, Radek, besonders scharf aber von Trotzki, an der Taktik der deutschen Kommunisten Kritik geübt wurde, und gesteht etwas kleinlaut ein, daß die deutsche Delegation von einem Protest gegen diese Kritik „abgesehen" hätte. Als Grund für diese liebenswürdige Zurückhaltung gibt er die Erwägung an, daß der Eindruck vermieden werden sollte, als ob die deutschen Kommunisten „aus persönlicher Verstimmung heraus die russische Delegation spalten wollten." Einen besseren Beweis als diesen für den Kotau des deutschen Kommunismus vor den Gewaltigen in Kreml kann man sich nicht wünschen.

Die „Ausschöpfung" der Steuerquellen.

Schon in der Nationalversammlung tauchte in den amtlichen Begründungen und Reden immer wieder das Schlagwort auf: Man müsse die Steuerquellen ausschöpfen. Man hat sich auch redlich bemüht, das zu tun.

In Wirklichkeit gibt es nur eine einzige Steuerquelle. Das ist derjenige Teil des Reinertrags, der nicht für den notwendigen Bedarf der Wirtschaft gebraucht wird. Aus ihm müssen letzten Endes alle Steuern bezahlt werden, mögen sie sich in eine Form kleiden, in welche sie wollen. Diese Quelle hat man in der Steuergesetzgebung von 1919/20 von den verschiedensten Seiten her so kräftig angebohrt, daß, wenn diese Gesetze einmal voll zur Durchführung gelangen werden, in der Tat von einer Ausschöpfung gesprochen werden muß. Die Bevölkerung merkt das heute noch nicht, weil der wesentlichste Teil dieser Gesetzgebung bis jetzt überhaupt noch nicht verwirklicht worden ist. Weite Kreise haben noch gar keine Ahnung, was ihnen steuerlich bevorsteht, wenn die Gesetze im vollen Umfang und in voller Schärfe angewandt werden. Sie lassen deshalb Gott einen lieben Mann sein und warten ruhig ab, zum Teil mit einer gewissen Neugierde, wie sich die Sache nun eigentlich weiter entwickeln wird, und wie man von dem Einkommen, das sie bei der enormen Steigerung der Lebenshaltungskosten haben verbrauchen müssen, nun eigentlich noch Steuern, womöglich nachträglich für 1920, herausholen will. Es ist ein schöner Traum, daß jeder Steuerpflichtige nichts Eiligeres und Besseres zu tun haben würde, als sich selbst die ihm drohende Steuerlast zu berechnen und den Betrag dafür hübsch ordentlich auf die Bank zu legen. Auch wo der Wille dafür vorhanden war, hat die Not der Zeit es verhindert.

Nun will aber die Reichsregierung jetzt, um die Ultimatumslasten zu decken, die Steuerquelle des Einkommens wiederum von allen möglichen Seiten her, zum Teil auf den alten, zum Teil auf den neuen Wegen und jedenfalls in viel stärkerem Maße anbohren. Kam man früher bis zu einer Ausschöpfung „auf das äußerste", so wird man jetzt zu einer völligen Ausschöpfung kommen. Was dann noch aus der Einkommensquelle herausrinnen kann, davon können Menschen und Wirtschaften nicht mehr bestehen. Die einfachste Überlegung sollte den Leitern unserer Reichsfinanzwirtschaft sagen, daß man eine Quelle, deren man sich dauernd bedienen will, und deren man dauernd bedarf, überhaupt nicht ausschöpfen darf. Selbst Naturquellen, die anscheinend unerschöpflich waren, sind schon versiegt, weil man sie zu rücksichtslos ausgenutzt hat. Die Steuerquelle des Einkommens ist dieser Gefahr um so weniger entrückt, als mit ihrer zu starken Inanspruchnahme schließlich die wichtigste Voraussetzung für ihr Fließen und ihre Ergiebigkeit beseitigt wird, nämlich der Wille, ein höheres Einkommen zu erzielen, als zur bloßen Befriedigung des notwendigsten Lebensbedarfs erforderlich ist.

Mit dem Ausschöpfen der Steuerquellen ist es nichts. Das weiß jeder, der in finanz- und steuerpolitischen Dingen zu Hause ist. Die neuen Leiter der Reichsfinanzen scheinen es allerdings nicht zu wissen. An den Wirkungen dieser falschen Grundauffassung aber kann unsere Wirtschaft zugrunde gehen. Wer das nicht will, der rüste sich rechtzeitig zur kraftvollen Abwehr und wiege sich nicht in falsche Sicherheit, weil er das Beil noch nicht sieht, das auf seinen Nacken niedersausen soll.

Ziel und Weg.

Der Ärztekammervorstand der Provinz Sachsen hat eine Kundgebung veröffentlicht, die die (inzwischen eingetretene) Preiserhöhung des zur Lebenshaltung unbedingt nötigen täglichen Brotes, als ungeheuerliche Gefahr bezeichnet. Der Aufruf ist gleichsam mit dem Ursprungsnachweis versehen. Er stammt aus der Provinz, „die bekanntlich bisher am meisten von Arbeiterunruhen heimgesucht und gefährdet ist". Unter der begreiflichen Nachwirkung dieser politischen Erdbeben befürchtet er von weiteren Preissteigerungen, es „werden durch die neuen Unruhen und Kämpfe wieder ungeheure Werte und zahllose Arbeitsmöglichkeiten vernichtet." Dem wird noch hinzugefügt: „Der so dem Reiche erwachsende Schaden wird, schon zahlenmäßig betrachtet, erheblich höher sein als der bisher zur Brotverbilligung geleistete Reichszuschuß."

Die guten Absichten und lauteren Beweggründe der Kundgebung in Ehren. Leider zeigt sie aber nur ein Ziel, ohne zugleich einen gangbaren Weg vorzuschlagen. Hat die Regierung mit anerkennenswerter Offenheit dargetan, daß die Lage der Reichsfinanzen die weitere Flüssigmachung einer langen Reihe von Milliarden zur künstlichen Brotverbilligung nicht gestattet; hat sie darüber hinaus angedeutet, daß sie mit diesem Verzicht zugleich einem Druck der Entente zu weichen hat; und hat sie drittens mitgeteilt, daß dennoch der Milliardenzuschuß zu einem Teile vorläufig fortbesteht: so ist es offensichtlich wenig aussichtsreich, im Sinne jener Ärztekammer die Regierung zur unverminderten Fortsetzung einer Politik zu ermahnen, die ihr von außen her nun einmal verboten ist. Bei dieser Sachlage erübrigt sich auch die besondere Untersuchung, ob die Zuschußpolitik von Anbeginn zweckmäßig war und für die Zukunft weiter anzuraten wäre.

Auch wer nicht verkennt, daß sich die Massenernährung auf die Kartoffel noch stärker als auf das Brot stützt, wird die Bedeutung des Brotpreises keineswegs zu übersehen brauchen. Ihn aber vor gefährlichen Bergtouren zu bewahren, wird es letzten Endes doch nur zwei Wege geben: die inländische Erzeugung durch ausreichenden Preis zu beleben und dadurch den Rückgriff auf das Auslandsgetreide immer stärker einzuschränken, zweitens aber die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis, die sich unter der Zwangswirtschaft als recht dehnungsfähig erwiesen hat, in berechtigten Grenzen zu halten. Der erstgenannte Weg ist inzwischen beschritten. Zum zweiten Weg aber ist wohl die Ankündigung der Berliner Bäckermeister nachahmenswert, die fortan die Herstellungskosten des markenfreien Brotes regelmäßig mit Einzelangaben belegen wollen. Bei dieser Regelung hätte die Öffentlichkeit am ehesten die Möglichkeit, die jeweilige Brotpreisbildung auf ihre Berechtigung nachzuprüfen. Das führt am Anfang vielleicht über einzelne sachlich scharfe Auseinandersetzungen, endet schließlich aber mit allseitiger Aufklärung, die unsachlicher Hetze am ehesten den Boden entziehen kann. Jedenfalls ist bei der harten

SLUB
Wir führen Wissen.